

Presseinformation

21. November 2011

Müllentsorgung in GER und im ZAS

Pirmasenser Müllverbrennungsanlage: Der Fluch der bösen Tat

Privatisierung öffentlicher Aufgaben geht meist zu Lasten der Bürger

Was wurde vom BUND gegen die Durchsetzung der Pirmasenser MVA in den 90er Jahren nicht alles an Warnungen vorgebracht! Alleine eine von der Umweltorganisation organisierte Unterschriftenaktion gegen das Projekt erbrachte damals 46.000 Unterschriften – als deutliche erkennbare „Stimme des Volkes“. Alle vorgebrachten Warnungen, mit denen man wie gegen eine Wand angerannt ist, bewahrheiten sich inzwischen immer öfter und immer deutlicher. **Die RHEINPFALZ hat in ihrer Ausgabe vom 21. November** (Schlagzeile: „Kreis baut neuen Wertstoffhof“) in einem lapidaren Satz das bittere Fazit zu diesem Befund zusammengefasst: **„Kostentreiber in der Abfallwirtschaft bleibt das Müllheizkraftwerk in Pirmasens“**. Dies ist für den BUND nachträglich die bittere Bestätigung eines konsequent durchgehaltenen Standpunkts. Dennoch: Freuen kann man sich darüber nicht.

Dass die Bürger im Süden von Rheinland-Pfalz, genauer im Bereich der sechs Gebietskörperschaften des ZAS, mit Abstand die höchsten Müllgebühren im gesamten Bundesland zu entrichten haben, liegt einzig und allein in der Beratungsresistenz der dortigen Kommunalpolitik in den 90er Jahren. Trotz zweier Verwaltungsgerichtsprozesse, bei denen die Fakten deutlich auf dem Tisch lagen, man hat es nicht wissen wollen: Die Kapazitäten sind zu hoch, die Müllmengen gehen zurück, müssen mit fallenden Preisen eingekauft werden, die fixen Kosten bleiben und die Gebührenzahler haben wachsende Beiträge hinzunehmen.

Diese Entwicklung zu immer mehr Bürgerbelastung erfolgt nach einem **einfachen, aber unerbittlichen Mechanismus**: Dem 1995 zur Erstellung der MVA Pirmasens eingesetzten Kapital wurde eine konstante Rendite von 13,5 Prozent vertraglich gesichert. Gibt es Probleme mit den Kosten, werden erst die Landkreise zur Ader gelassen, die dann früher oder später den Kostendruck an die Bürger weitergeben

müssen. Den letzten beißen eben wie immer die Hunde. Die Rendite auf das eingesetzte Kapital aber bleibt so sicher wie eine Beamtenpension. Von Marktwirtschaft und Wettbewerb keine Spur!

Man muss diese empörenden Zusammenhänge immer wieder in Erinnerung rufen, denn die Verträge, mit denen die Kommunalpolitik sich und das zahlende Publikum den Investoren ausgeliefert hat, laufen noch bis zum 31. Dezember 2023. Bis dahin ist die Hinnahme überhöhter Gebühren „alternativlos“.

Die MVA Pirmasens ist ein klassisches Beispiel dafür, wie miserabel Privatisierung statt kommunaler Regie in Fragen der öffentlichen Daseinsvorsorge sein kann.

Ulrich Mohr für BUND Südpfalz